

Das entschleierte Flottengeheimnis.

Aufregung in Paris.

Paris, 24. September. (Eig. Draht.) Die Aufregung, die in Paris die Veröffentlichung der vertraulichen Aufzeichnungen des Duai d'Enn an die französischen Flottenoffiziere über die Entstehung und den Sinn des französisch-englischen Flottenabkommens hervorgerufen hat, steigt von Stunde zu Stunde. Man macht jetzt nicht mehr ernstlich den Versuch, die Wichtigkeit der Veröffentlichung zu betonen. Man erklärt lebhaft, dass die Veröffentlichung nicht vollständig zu sein scheint. Werber man sich hier besonders entsetzt, ist, daß dieses Dokument aus dem Archiven des Admirals von Amiens gestohlen sein muß. Am Morgen ludt man eine mögliche hoheloholische Seelenruhe an den Tag zu legen. Gerade der laudige Inhalt dieses Dokumentes bemerke, schreibt zum Beispiel der "Temps", daß Paris und London mit ihrem Abkommen nichts Verdrüßliches oder Geheimnis vor hatten, daß sie kein halt accompli schaffen wollten, das die künftige Machtverhältnisse festlegen sollten. Die absolute Neutralität der englisch-französischen Flottenpolitik gehe aus dem Schriftstück in deutlicher Art hervor. In dieser Tatsache werde auch der hohe Wille der amerikanischen Herrscherprelle nicht übersehen, die das gestohlene Dokument augenscheinlich zu einer perfiden Kampagne zur Eröffnung der Abrüstungsverhandlungen benutzt habe.

Wißt man den vorerwähnten Text auf seine Einzelheiten, so erkennt man das englisch-französische Abkommen allerdings keineswegs als harmlos wie man es jetzt in Paris hinstellen versucht. Mit erstaunlicher Offenherzigkeit erklärt heute morgen "Le Matin" im "Echo de Paris", daß dieses Abkommen entweder einen neuen Rüstungswettbewerb oder zu einer früheren Verfestigung der Vereinigten Staaten führen müsse. Die Vereinigten Staaten brauchen große Kreuzer, die die Strecke bis Japan und nach den Philippinen in einer Fahrt zurücklegen, während England 70 kleine Kreuzer bauen wolle, um die Seegebiete zu sichern. Frankreich habe sich nun dem englischen Standpunkt angeschlossen, da auch Frankreich aus Erkenntnisgründen nur kleine Kreuzer bauen wolle. Deshalb hätten die Amerikaner das Recht, das Abkommen schriftlich zu kritisieren, denn auf dem Rücken ist es zu stehen gekommen. Da sich nun aber England als Gegenleistung gegenüber Frankreich verpflichtet, keine Krieg gegen die französische Flottenorganisation zu Lande zu erheben, und da weiter überhaupt jede französisch-englische Annäherung in der Welt mit Mißtrauen aufgenommen werde, habe das Abkommen auch die schärfste Kritik bei den Befiegten und bei den Neutralen finden müssen.

Zweifellos ist ebenfalls, daß die englisch-französische Verständigung nicht nur auf dem Rücken Amerikas, sondern vor allem auch auf dem Rücken der Verständigungsarbeit erfolgt ist.

Deutschnationale Brüderlichkeit.

Die Radikalisierung der Deutschnationalen

Manch täglich weitere Fortschritte. Anlässlich der Kundgebung, die am Montag in Berlin vom Stahlhelm und den Deutschnationalen abgehalten werden soll, werden neben den bekannten Führern von Sieghart und von Morozowicz auch Graf Westphal sprechen. Westphal, der die bekannte Richtlinie unterzeichnet hat, in denen die Deutschnationalen der Republik Achtung und Schutz geloben, neben Morozowicz, der kürzlich in einer Stahlhelmschrift schrieb:

"Wir hoffen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Leben."

Über Morozowicz heißt nicht nur den gegenwärtigen Staat. Er heißt auch, was in der Entscheidung nicht weiter ferne ist, die Leute, die das republikanische System durch Kompromisse stützen. Er spricht also nach allen Regeln der Kunst den besten Großen Westphal, der am Montag mit ihm zusammen am Rednerpult steht, und Westphal hält fast, ganz still. Es geht nicht über deutschnationale Gesinnungstüchtigkeit und deutschnationale Brüderlichkeit.

Die Kölner Bergarbeiterkonferenz.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes, die zurzeit in Köln tagt, wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes, Hülsmann, mit einem groß angelegten Akzent über "Wirtschaftsstruktur und Verbotsarbeit" eröffnet. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen Hülsmanns zu dem aktuellen Problem des Steintohlenpreises. Wir haben uns, erklärte Hülsmann, unter allen Umständen gegen den Kampfpreis ausgesprochen, während der christliche Gewerkschaft eine andere Anschauung vertreten hat und noch vertritt. Uns kommt es vor allen Dingen darauf an, durch Wegfall der Verluste in den betroffenen Gebieten zu erreichen, daß der heimliche Bergbau finanziell gesundet, damit die Voraussetzungen für weitere Lohnerhöhungen geschaffen werden. Lohnerhöhungen, steigende Kaufkraft der Arbeiterklasse dienen zur Wiedergabe der ganzen Industrie und bringen damit automatisch eine Steigerung des Kohlenpreises im Inland. Bei den Debatte um Aufrechterhaltung des Kampfpreises ist auch die Frage der Kohlenzölle und des Kohleneinfuhrverbots aufgetaucht. Beide Maße waren es die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die diese Forderungen erhoben haben. Wir haben uns dem nicht anschließen können. Würde der Reichssozialdemokraten dem Antrage des christlichen Gewerkschafts zustimmen, so würde England mit Gegenmaßnahmen antworten. Das Gleiche würde bei Einführung eines Kohlenzölles eintreten. Unsere Forderung lautet nach Entschärfung, die im letzten Monat eine halbe Million Reichsmark betrug, würde dies zu sparen bekommen und den Kohlenexport einzuschränken. Der Wunsch der Christen führt in eine Sackgasse. Wir brauchen ein direktes Kontrollrecht der Arbeitnehmer durch Erneuerung des Arbeitnehmerrechts in den Kohlenwirtschaftskörper. Die Verluste der Unternehmer, Lohnerhöhungen mit Abminderungen in Verbindung zu bringen, die auf eine ausgleichende Kohlenpreiserhöhung hinauslaufen können, lehnen wir ab. Wie und immer können die Arbeitnehmer im Reichssozialdemokraten in dieser Frage Zugewinnbringer sein.

Das Schmalenbach-Gutachten über den Braunkohlen- und Steinkohlenbergbau unterzog Dr. Berger-Vogum einer eingehenden kritischen Betrachtung, die im Hinblick auf die Tarifstreikigkeiten im mitteldeutschen Braunkohlenrevier von besonderem Interesse ist. Wenn man weiß — führte Berger aus —, daß die von der Schmalenbach-Kommission für die Braunkohle in Mitteldeutschland festgestellten Umverteilungssummen für die Betriebe bescheiden. In der Bergschönung von 50 bis 100 Millionen Mark liegen, in ist es Wille der Arbeitnehmervertreter im Sozialdemokratischen Körper, die festgestellten Erparnisse auch wirklich in Beschäftigung treten zu lassen. Die Interessensabstimmung zwischen Handel

und Erzeugung in den beiden mitteldeutschen Synthesen verläuft das Rentabilitätsbild dieses wichtigen Industriezweiges. Auch das Reichswirtschaftsministerium sollte sich mehr um die Schlußfolgerungen aus dem mitteldeutschen Schmalenbach-Gutachten bemühen. Die festgestellten Umverteilungssummen gehen auf Kosten der Bergarbeiter, die jedoch nicht bereit sind, diese Last weiterhin zu tragen.

An der Aussprache über dieses wichtige Thema beteiligten sich insbesondere auch die Bergarbeitervertreter des Kohlenmineralschichters. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine bessere Durchsicht der Kohlenwirtschaft die Voraussetzung für ihre bessere Gestaltung sei. Soweit die letzte Stellung des Reichswirtschaftsministeriums diesen Anforderungen der Wirtschaftlichkeit nicht entspreche, sei eine Überänderung der in Frage kommenden Ausführungsbestimmungen notwendig.

Ein neues Ebert-Denkmal.

Köln, 24. September. (Eig. Funkt.) An dem Bergarbeiter Gieseel im unterrheinischen Braunkohlenrevier wurde am Sonntag unter Teilnahme der Ortskommission des Friedrich-Ebert-Denkmal in der oberen Rheinprovinz entfällt. Zahlreich waren die Teilnehmer aus dem ganzen Revier und auch das Reichsbanner aus Köln und Umgebung erschienen. Am Nachmittag durchzog ein gewaltiger Festzug den Ort, der während des ganzen Tages im Zeichen der Denkmalsweihe stand. Es war ein feierlicher Zug, als von dem einfachen aber schönen Denkmal die Stelle fiel. Die Vertreter der rheinischen Arbeiterorganisation und des Reichsbanners, ferner der Abgeordnete des Reichstages in Berlin, Wegmann, und der Bevollmächtigte von Harnack als Vertreter der Kölner Regierung feierten Friedrich Ebert als Staats- und Volksmann. Der Bürgermeister nahm unter Ausdruck des Dankes das Denkmal unter die Obhut der Stadt. Er dankte der Sozialdemokratischen Partei im rheinischen Kohlengebiet, die unter großen Opfern ihrer Mitglieder das Denkmal geschaffen hätte. Mit einem dreifachen Hoch auf Deutschland und dem Abgehen des Deutschlandliedes schloß die eindrucksvolle Feier.



„Ein Instrument des Friedens.“

Die Bolschewiken bezeichnen ihre Armee gern als die „Friedenssichernde“. Dieser Tank in den Straßen Moskau sieht jedoch einer Friedenstruppe nicht sehr ähnlich. (Der A.L.Z. von November 1925 entnommen.)

Einheitsfront.

Kommunisten und Stahlhelm gegen Sozialdemokraten.

Baun, 22. September. (Eig. Draht.) Bei der am Donnerstagabend vorgenommenen Wahl eines Bürgermeisters in Zwickau wurde der Kommunist Hella mit 6 gegen 5 Stimmen der Sozialdemokraten zum Bürgermeister gewählt. Der Kommunist erhielt außer den zwei kommunistischen Stimmen auch die vier bürgerlichen, einschließlich eines Stahlhelmsmannes. Auf unsere Genossen Kaufmann entfielen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten.

Das Ergebnis der Abstimmung beweist, daß das Bürgerturn mit den Kommunisten, die die Arbeiterbewegung gesplittert, bis hinüber zu den Sozialdemokraten, in besserer Einheitsfront ist. Einheitsfront gegen die Sozialdemokraten zum Sozialisten bis zum Sozialisten, wenn es gilt, die Wahl eines Sozialdemokraten zum Bürgermeister zu verhindern.

Der Jakubowski-Zustizmord.

Wiederaufnahmeverfahren beantragt.

Um unabhängig von dem Verfahren gegen die teilweise schon geständigen Brüder Rogens die gerichtliche Aufklärung des Falls Jakubowski zu erzwingen, ist durch den Berliner Rechtsanwalt Dr. Brandt der Antrag auf ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet worden. Der Antrag ist dem Gericht in Weizsäcker eingereicht worden. Der Antrag ist dem Gericht gestellt, daß schon durch die Ermittlungen der Reichsjustizkommission — die Einsicht in die Akten der neuen Untersuchung durch Kriminalrat Gennat ist Dr. Brandt bisher von dem Weizsäcker Staatsanwalt unter verschiedenen Vorwänden verweigert worden — eine ganze Reihe neuer Tatsachen festgestellt worden sind, die das Todesurteil gegen Jakubowski vollkommen erschüttern.

Die dänischen Landtagswahlen.

Der Landtag wird zukünftig aus 25 Liberalen, 27 Sozialdemokraten, 12 Konfessionellen, 8 Demokraten und einem Freier bestehen. Im ganzen haben die Liberalen 3 Mandate verloren und zwar 2 an die Sozialdemokraten und eins an die Freier. Die Konfessionellen und Demokraten haben ihren bisherigen Besitzstand erhalten. Zusammen verfügen Konfessionelle und Liberale über 40 Sitze gegenüber 38 der Opposition (früher 43 gegen 33). Der deutsche Kandidat, Bürgermeister Jacobson-Sonderburg, konnte nur 44 deutsche und dänisch-liberaldemokratische Stimmen auf sich vereinigen, was bei einem Wahlquotienten von 57 nicht für ein Mandat ausreicht.

Reichspräsident von Hindenburg stattete Görlich am Sonntag seinen ersten Besuch ab. Er wurde lebhaft begrüßt.

Tragödie in der Kleinstadt.

Der Selbstmord des Ministerialdirektors Brüdner.

Wie von anderer Seite bestätigt wird, ist am Sonntag im sogenannten Faulen See, der zwischen Schwärz und Bad Juppelberg liegt, die Leiche des Ministerialdirektors Dr. Brüdner ergefunden worden. Dr. Brüdner, der bekanntlich seit Dienstagabend vermisst war, hat Selbstmord verübt. Dr. Brüdner hat sich am Ufer des Faulen Sees durch einen Revolverhieb getötet. Offenbar hatte er sich vorher so aufgelöst, daß sein Körper ins Wasser fallen mußte. Am Sonntagmorgen entdeckten Spaziergänger den auf dem Wasser schwimmenden Leichnam, der dann mit einem Rahn am Land gebracht wurde. Am Nachmittag wurde die Leiche des Ministerialdirektors, die das Gericht sofort zur Bestattung freigab, in die Domfriedhofskapelle überführt.

Mit dem Selbstmord Dr. Brüdners hat die mettenburgische Kleinstadt-Tragödie ihren zehnten Akt gefunden. Der der Deutschen Volkspartei angehörige Ministerialdirektor, der teilweise auch die Geschäfte des Justizministers geführt hatte, war bekanntlich für den Selbstmord seiner Witwe verantwortlich gemacht worden, da er während einer gemeinsamen Sommerreise in intime Beziehungen getreten war. Ob man ihn für diesen Selbstmord wirklich „schuldig“ sprechen konnte, ob ein wenig mehr Verständnis und Menschlichkeit den Tod des jungen Mädchens verhindern konnten, mag zweifelhaft sein. Gewiß ist aber, daß die Anträge gegen Dr. Brüdner erhobene Beschuldigung, er habe gegenüber dem ihm unterstellten Mädchen „Dolch und Schwert“ begehren, unrichtig war. Dr. Brüdners Frau hat wie wir dem „Montag-Blatt“ entnehmen, Briefe hinterlassen, aus denen hervorgeht, daß in dem Verhältnis zwischen ihr und ihrem Ehemann, sie der liebende und fordernde Teil gewesen ist.

Einem unbefangenen „Räucher der Familienethik“, einem völkisch orientierten Jüngling aus Schwärz, war der ein Selbstmord nicht genug. Nach einer Besprechung mit einem Rechtsanwalt ging der junge Mann in den Wohnort des Brüdners und untersuchte ihn mit seiner Familie. Gleichzeitige wurde eine Strafprognose wegen Mordanschlags festgestellt. Da sich Dr. Brüdner wohl nur nach der eine Weg, den er gewählt hat. Er wäre für Schwärz ein toter Mann gewesen, auch wenn sich alle Vorwürfe gegen ihn als unrichtig erweisen hätten. Dem Gericht der Kleinstadt zog er vor, sich selber zu töten.

Fememordprozess.

Am Montag beginnt in Berlin der Prozess gegen den Feldwebel Nikolai Rein, der wegen Ermordung des Feldwebels Wegner angeklagt ist. Die Staatsanwaltschaft hat 20 Zeugen und militärische Sachverständige laden lassen, unter denen sich auch Generaloberst von Seest befindet.

Im Kriegsangelegenheitsverfahren scheint sich der Verdacht, daß Beamte an den betrügerischen Manipulationen beteiligt sind, zu bestätigen. Beschuldigungen gegen den Kommissar für die Abklärung des Reichsanwaltschafts in Berlin, Regierungsrat Böhler, haben zur Einstellung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn geführt und Regierungsrat Steiger, Referent im Ministerium für die besetzten Gebiete, dem eine Verbindung mit dem in Wien verhafteten Industriellen Bela Groß zur Last gelegt wird, ist bis zur Klärung von Beschuldigungen von seinem Dienst entbunden worden.

Eine Säule der Hitlerbewegung in Düsseldorf hat sich wieder einmal als nicht so einflussreich erwiesen. Hermann Götter von Unterhufen bei Reutlingen, der sich noch bei der letzten Wahl an der Störung sozialdemokratischer Verhandlungen durch nationalsozialistische Rabaukbrüder aktiv beteiligte, ist überführt worden, schon seit dem Jahre 1926 aus der Schalterkassette in München regelmäßig Gelder unterschlagen und auch sonstige Beträge zurück zu haben. Er wurde dafür vom Schöffengericht in Zwickau zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Der polnische Außenminister Jazefski ist am Sonnabend nach Warschau zurückgekehrt. Er wird von seinem kurzen Aufenthalt in Paris allerdings wohl kaum sehr begeistert sein, denn seine Verurteilung, die polnische Forderung nach Beteiligung an den bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen geltend zu machen, sind diesmal auf eine erheblich höhere Zustimmung gestoßen als bisher. Wie wenig Jazefski diese Zustimmung, auf die polnische Wünsche eingegangen, dafür freudig schon allein der Umstand, daß der Außenminister Brandt es nicht für nötig fand, sie zum Anlaß von Besprechungen mit Jazefski zu nehmen. Auch in der Presse verhält man sich, wie bereits berichtet der Initiative des polnischen Außenministers gegenüber sehr reserviert.

Ein holländischer Gesandtschaftsur zur Reform der Altersversorgung ist der niederländischen zweiten Kammer zugegangen. Die Altersversorgung können man am besten als ein Problem betrachten, dessen Lösung deren Kosten durch Prämien gedeckt werden sollen. Die Altersrente soll bis zu einem Höchstbetrage von 6 Gulden die Woche zulässig sein.

Sarraf Pascha gestorben. Der kürzere ägyptische Ministerpräsident Sarraf Pascha ist am Sonntag nachmittag in seinem Pariser Heim gestorben.

Das amerikanische U-Boot „S. 17“, das in der Antarktis von auf Grund gefaßen war, ist inzwischen flott gemacht und die Flottenstütze Uvalde eingeschleppt worden. Es hat nur leichte Beschädigungen davongetragen.

Der Kaufmann in Bolivien gestohlen. Wie die Pariser Abendpresse aus La Paz meldet, ist in Bolivien eine Kaufmannsbewegung gestohlen. General Uvalde hat sich nach der holländischen Gesandtschaft geflüchtet. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch für die Herrentextilien ist am Freitag von beiden Parteien angenommen worden. Die Arbeitsaufnahme kann aus technischen Gründen erst am Dienstag erfolgen. Der Kampf findet nicht den Arbeitsgeheim, wohl aber den Arbeitsgeheim einen Erfolg. Ein Vergleich des neuen Schiedsgerichts mit dem bisherigen Löhnerverhältnis und mit dem alten Spruch zeigt das klar und deutlich. Auch bei den Verhandlungen über die Frage der Verbindlichkeitsklärung des alten Schiedsgerichts wollten die Arbeitgeber nur bis zu 6 Prozent Löhnerhöhung geben. Im neuen Schiedspruch ist eine Löhnerhöhung von 11 bis 17 Prozent festgelegt worden. Für Textilarbeiter und Schornsteinfeger sind die Löhnerhöhungen über den bisherigen Löhnerverhältnis gestiegen. Umlo höher ist der von Deutschen Beschäftigungsarbeitern durch sie gegen die Ausprägung mit Ein geführte Arbeiterbewegung herausgeholt Erfolg zu bemerken.

Die Werftarbeiter der Walfactoren haben den durchaus ungenügenden Schiedspruch des Hamburger Schlichters in der Abstimmung abgelehnt und sich für einen Schiedspruch entschieden, der den berechtigten Forderungen der Werftarbeiter über das mangelhafte Entgelt der Unternehmer wie der Beschäftigten, Umlo eigenartiger berührt es, daß auch die Werftarbeiter den Spruch abgelehnt haben. Der Sammerchiedspruch geht den Werftarbeitern also noch zu weit.

Zunahme der Unfälle.

Mörderische Kombination von Arbeitszeit und Arbeitstempo.

Aus den letzten veröffentlichten Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für das Jahr 1927 ergibt sich eine starke Zunahme der Unfälle in unseren gewerblichen Betrieben. Die Zahl der Unfälle betrug im Regierungsbezirk Königsberg 5594 (gegenüber 4091 im Jahre 1926), Ostpreußen und Allenstein 3074 (2409), Westpreußen 1262 (734), Pommern 13 000 (8500), Frankfurt 2420 (6622), Stettin und Stralsund 5555 (4888), Grenzmark-Spohr-Weisungen 409 (273), Breslau 15 785 (10 368), Liegnitz 8747 (6191), Oberhessen 10 181 (7279), Magdeburg 10 940 (8085), Merseburg 21 003 (12 504), Erfurt 4610 (3136), Silesien 4331 (3183), Nürnberg 4110 (3545), Elbe 3000 (2166), Nordbrabant und Mülheim 6070 (6223), Münster 3767 (2365), Rensberg 37 536 (22 314), Kassel 6805 (4866), Wiesbaden 10 240 (9336), Koblenz 6594 (4447), Düsseldorf 55 561 (40 728) und Köln 15 306 (10 607). Als typisch kann die Entwicklung im Bergbau bezeugt werden. Dort erhöhte sich die Zahl der erfassten Arbeiter um 25 Prozent, die Zahl der Unfälle jedoch um 40 Prozent. Hinter dem Bergbau um 40 Prozent stehen die weniger industriellen Regierungsbezirke, zum Beispiel Allenstein und Ostpreußen, zurück; in den mehr industriellen Gebieten wird der Berg weit überboten (Breslau 50 Prozent, Rensberg 60 Prozent).

Woher erklärt sich diese Unfallsteigerung? Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten verweisen darauf auf die vermehrte Einstellung betriebsfremder Arbeiter, auf die erhöhte Bauhöflichkeit und vor allem darauf, daß Unfälle infolge verkehrter Maschinen jetzt regelmäßiger als früher gemeldet werden. Andererseits heißt es in dem Bericht über den Regierungsbezirk Königsberg, daß die Steigerung auf Unfälle bei Transport und Beladung und auf Unfälle durch Arbeitsmaschinen zurückzuführen ist. Der Mindener Bericht bemerkt im Zusammenhang mit der Unfallsteigerung, „daß die Betriebe zum größten Teil recht intensiv beschäftigt waren“ und der Bericht der Breslauer Aufsicht heißt, „daß sich die Zunahme der Unfälle hauptsächlich aber auch aus der größeren Arbeitsintensität erklärt“. Die Vermutung liegt auch nahe, daß die Zunahme der Unfälle mit einer Beschleunigung in unserer Produktion, der Umstellung der Betriebe auf Leistungssteigerung pro Kopf und auf ein schnelleres Arbeitstempo, mit dem Prozeß der Mechanisierung in ursächlichem Zusammenhang steht.

Die Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich dieses Mal zum Teil recht ausführlich mit der Rationalisierung beschäftigt. Inwieweit sich die Rationalisierung auf die Arbeiterbezugsverhältnisse hat, darüber wird jedoch so gut wie gar nichts gesagt, wobei die Aufsichtsbeamten in der Regel auf den Mangel an genügenden Unterbrecherstellen. Nur der Bericht für die Stadt Berlin ist hier eingehender mit der Frage der Rationalisierung und Unfallgefahren auseinander und zwar kommt der Bericht zu dem Schluß, „daß die Rationalisierung durch Vermehrung und Mechanisierung der Transporte, Bindung des Arbeiters an den Arbeitsplatz, Automatisierung von Maschinen und ähnliches für die Unfallverhütung von Vorteil ist“. Zum Beweis dafür wird ein Betrieb angeführt, der in der Unfallabnahme — die Zahl der Unfälle ging hier von 1 auf 0,3 pro 100 Arbeiter zurück — große Erfolge aufzuweisen kann. „Wenn“, so fährt der Berichtsteller fort, „einzelne Betriebe noch immer eine hohe Unfallhäufigkeit aufweisen, so ist dies ein Zeichen dafür, daß eine entsprechende und weitestgehende Rationalisierung nicht vorliegt“. So haben die Berliner Beamten, allerdings nur in Einzelfällen, Betriebe angeführt, bei denen der Einbau von Transportbändern zwischen direkt betriebenen Arbeitsplätzen oder die Einrichtung feiner- und explosionsgefährdlicher Einrichtungen in den Fließgang

(zum Beispiel Radprüfstellen, Trocknen, die früher in abgetrennten Räumen untergebracht waren) vielleicht eine Erhöhung der Unfallgefahren zur Folge haben können.“

Auch wir sind mit der Berliner Aufsicht der Auffassung, daß eine zweckmäßige und vernünftige Rationalisierung die beste Unfallabmilderung ist und geneigt, die vergrößerte Unfallgefahr in unseren Betrieben vor allem, daß das Arbeitstempo in unseren Betrieben stark gesteigert worden ist und zwar oft in einer Weise, daß das Bestreben des Arbeiters, der gesteigerten Anforderung im Arbeitstempo nachzukommen, vermehrte Unfallgefahren bedeutet. Oft scheint auch die Disposition der Arbeiter — über die sich der Gewerbeaufsichtsbeamte bei seinen gelegentlichen Besuchen kein Bild machen und wovon er dann auch nicht berichten kann — dem verschärften Arbeitstakt nicht gewachsen zu sein. Es bedarf hier nur eines Nachhinsens in der jetzt mehr als früher notwendigen Aufmerksamkeit und das Unglück ist geschehen. Der Berliner Bericht erzählt uns zum Beispiel von einem Betriebsrat, der die Fähigkeit der Arbeiter für eine Ermüdung spürt und diese Erfrischung auf die mangelhafte Ernährung zurückführt. Nun werden die Vorteile an geistiger und physischer Kraft bei den Arbeitern heute durch den gesteigerten Arbeitstakt schneller aufgefressen als früher, ohne daß man durch gesteigerte Mahlzeiten und längere Arbeitszeit diesen Vorrat zweckmäßig ergänzt. Wenn man diese Faktoren berücksichtigt, sieht man, daß der Berliner Betriebsrat die Folgerichtigkeit des getoppelten Arbeitsprozesses nicht so ganz unrichtig beurteilt.

Beweisraff scheint uns aber besonders die Folgerichtigkeit des getoppelten Arbeitsprozesses nicht so ganz unrichtig beurteilt. Beweisraff scheint uns aber besonders die Folgerichtigkeit des getoppelten Arbeitsprozesses nicht so ganz unrichtig beurteilt.

Beweisraff scheint uns aber besonders die Folgerichtigkeit des getoppelten Arbeitsprozesses nicht so ganz unrichtig beurteilt. Beweisraff scheint uns aber besonders die Folgerichtigkeit des getoppelten Arbeitsprozesses nicht so ganz unrichtig beurteilt.

Ein Punkt an dem



ich nicht rütteln lasse:

Inserate in der „Harzer Volksstimme“ sind Erfolgs-Inserate!!!

Weniger der Angelegenheiten.

Weniger, den 24. September.

Preussische Erntevorschüßungen.

Die voraussichtlichen Erträge der Hauptgetreidearten werden im Vergleich mit den endgültigen Erntemittelungen der lehrjahrgangenen fünf Jahre, von den landwirtschaftlichen Vertrauensmännern des Preussischen Statistischen Landesamtes günstig beurteilt. Die voraussichtliche Getreideernte an Winterweizen erreichte den 1925 bei der Rechenberücksichtigung ermittelten alterdings nicht ganz. Wie der Amtliche Preussische Preisbericht der Statistischen Korrespondenz entnimmt, sind infolge des im allgemeinen nicht schlechten Erntewetters die Septembererträge besser als die zu Anfang August. Sie ergeben in Staatsdurchschnitt je Hektar für Winterweizen Anfang September 21,5 dt (Anfang August d. J. 20,2 dt, 1927 endgültiger Heftenertrag 19,4 dt), Winterroggen 18,5 dt (16,5 dt bzw. 14,4), Sommergerste 20,8 dt (19,4 dt bzw. 18,6 dt) und für Hafer 20,0 dt (18,2 bzw. 18,8 dt).

Die im Staatsdurchschnitt erwarteten Erträge je Hektar sind auch bei den Hülsenfrüchten — abgesehen von Luzerne — etwas höher als die bei den endgültigen Erntemittelungen in den Jahren 1923 bis 1927 festgestellten Erträge. Sie werden voraussichtlich betragen: für Erbsen 15,9 dt (1927: 15,9 dt), Spelzbohnen 15,9 dt (13,9 dt), Bittererbsen 18,2 dt (16,4 dt), Wicken 14,7 dt (13,2 dt), Gemeine aus Hülsenfrüchten 15,1 dt (13,7 dt), Gemeine aus Hülsenfrüchten mit Getreide 17,0 dt (15,4 dt) und Lupinen 11,3 dt (11,7 dt). Trotzdem wird die diesjährige Hülsenfrüchterente voraussichtlich nicht ganz dem Begriff einer guten Mittelernte entsprechen. Nach der Vorschüßung zu Anfang September d. J. ergeben sich im Vergleich mit der Rechenberücksichtigung v. J. folgende Vorkommungen in 1 000 dt: Wintererbsen 1928: 1 907,8; 1927: 1 800,9 also mehr = 106,9; Wintererbsen 6 800,9 bzw. 5 088,5 = + 1 304,4; Sommergerste 1 375,7 bzw. 1 210,6 = + 165,1; Hafer 4 691,1 bzw. 4 388,7 = + 302,4; Erbsen 102,3 bzw. 95,6 = + 6,7; Spelzbohnen 9,4 bzw. 7,2 = + 2,2; Bittererbsen 9,8 bzw. 8,8 = + 1,2.

Frau Spak und ihre Töchter.

Roman von Elfe Rena.

Copyright by Martin Fleischmann, Halle a. d. S.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Erinnert Ihr Vater seine Familie nicht? Ist er etwa ein Trinker, ein Spieler?“

Luise warf den Kopf zurück. Das wurde ihr denn doch zu bunt. Es war gut, daß in diesem Moment Mari Gröbholz aus seinem Ordinationszimmer auftauchte. Er begrüßte seine Tanten und berichtigte Luise, von seiner ersten Patientin.

„Fräulein Luise, Sie haben nicht die Güte, dein ein bißchen aufzuräumen? Die Instrumente müssen ausgelegt werden. Hängen Sie den elektrischen Kocher ein, ja?“

„Sie wird sich famos einrichten“, sagte er, zu den Tanten gewandt, nachdem die Sprechstundenhelferin nebenauf verschwunden war.

„Ich warne dich vor Optimismus.“

„Du mußt nicht immer unruhig, Mädchen. Mach' doch dem armen Jungen den Kopf nicht warm. Wenn sie nicht einschläft, wird er sie fortbringen. Er ist nicht verheiratet mit ihr.“

Tante Röschen lachte:

„Du wirst sofort mit diesem Fräulein vereinbaren, daß du jeden Ersten und Fünftägigen künftigen kannst.“

„Natürlich, Tante, das kann ich tun.“

„Warte abend wieder du dich bei Waldheims anlang“, besah Tante Röschen weiterhin, und Mari wollte ein, denn er war nur zu froh, daß die Geschichte mit der Sprechstundenhelferin so glimpflich abgelaufen war. Er kannte seine Tanten noch immer nicht genug, wenn er anmaßt, daß sie so leicht über das auffallend hübsche Mädchen zur Angeordnetung übergeben würden. Für heute jedenfalls schloß sie ab.

Fräulein Luise hatte sich inzwischen an den Instrumenten zu tun gemacht und die Karaffen füllte mit Wasser gefüllt.

Da klingelte es draußen. Ein kleiner Junge kam, der ihm hingelassen und hatte den Kiefer verletzt. Der Herr Doktor verband ihm und bestellte ihm für den nächsten Tag. Luise hatte bei dieser Gelegenheit zum ersten Male gesehen, wie man einen Verband anlegte, und sich in ihren Handlungen sehr gefasziert gefasziert. Mari mußte ihr entschieden ein Lob sagen. Es war in der Tat auffal-

lend, wie ein Mädchen, das von der Existenz eines Schillers nicht wusste, rasch Dinge begriff, von denen sie nie zuvor im Leben etwas gesehen hatte.

„Haben Sie schon in meinen Büchern gelesen“, fragte er sie, während sie die gebrauchten Instrumente beiseite räumte.

„Wer natürlich. Die Wallace vom Schindler. Ich konnte gar nicht einschließen hinterher. Die Mutter hat gesagt.“

„So, ja.“ Mari überlegte. Und endlich hatte er es heraus. Er fragte Fräulein Luise, ob sie bereit sei, nach der Sprechstunde einen kleinen Spaziergang zu unternehmen, er lehnte sich nach frischer Luft, und als er ihre bedeutende Miene bemerkte, setzte er ihr auseinander, daß sie unbedingt zwei Operationschürzen haben müsse, die selbstverständlich auf seine Kosten angeschafft werden sollten. Ohne sie jedoch auch er den Einkauf nicht unternehmen, wegen der Größe und auch sonst. Er hätte keine Ahnung von solchen Sachen.

Fräulein Luise hatte nur die Bedingung, daß sie vorher einmal zur Mutter hinterbringen müsse, um ihr Beistand zu legen und um Erlaubnis zu fragen, denn sie und ihre Schwestern durften sich nicht von Hause entfernen, ohne daß es die Mutter wüßte.

Der Intergrund war man nach der Markgrafenstraße gelang, wo man ein großes Warenhaus betrat und die Schürzen ausstufte, die Luise entzückt approbierte. Sie sah reizend darin aus. Mari fand es auch.

Als man das Total verlassen, machte er den Vorschlag, daß man irgendwo eine Tasse Kaffee trinken müsse. Luise erhob sich, um den Tanten zu sagen, daß sie nach Hause gehen wollten. Mari wollte ein, denn er war nur zu froh, daß die Geschichte mit der Sprechstundenhelferin so glimpflich abgelaufen war. Er kannte seine Tanten noch immer nicht genug, wenn er anmaßt, daß sie so leicht über das auffallend hübsche Mädchen zur Angeordnetung übergeben würden. Für heute jedenfalls schloß sie ab.

Mari Gröbholz staunte über sich selbst. Er erschien sich ihm ein zweites Mal. Es war das erwidert, daß er mit einem jungen Mädchen ohne seine Tanten in einem Kaffeehaus saß. Die Tanten waren ja immer ganz wunderbar zu ihm gewesen, sie liebte er auch herzlich, und doch fand er es bedeutend netter, sich ohne ihre Begleitung zu bewegen. Er wunderte sich im stillen, eine wie elegante Haltung diese junge Mädchen aus dem Gröbholzgebäude besaß. Denn ein solcher war es doch in Wahrheit nur, von Deklamationen hatte er nichts erndeten können, als er aus Interesse für

Luise das Schaulustigere gemerkt. Sie thronte auf dem samtene Sofa wie eine richtige kleine Prinzessin.

„Sind Ihre Schwestern ebenso blond wie Sie?“

Sie schüttelte mit dem Kopfe. „Wiege ich schwarz und Mlle brunn.“

„Wie“ sagte nicht zu fragen, ob die Farbe von Luises Haar wirklich auch ein bißchen, denn er war vorläufig nur ein Berliner mit seiner Schüchternheit dem weiblichen Geschlecht gegenüber. Doch Luise hatte keine Bedenken erortet.

„Die Leute denken immer, mein Haar sei gefärbt. Da würde mich die Mutter auf den Erdb bring.“

„Ihre Mutter ist wohl sehr streng?“

„Wenn die Zeit hat, sehr. Aber sie hat immer viel zu tun. Vor allen Dingen will sie, daß wir keine Besuche anstellen. Mutter ist nämlich eine Frauenschülerin. Wer ich nicht, Ate, Gott bewahre. Sein Leben muß man genießen, nicht wahr?“

„Gider“, sagte Mari, wie unter einem Baum stehend: „überhaupt, wenn man so aussieht wie Sie, Fräulein Luise.“

„Wie lebe ich denn aus?“ fragte sie tot.

Er dachte nach.

„Wie — wie die Frauen auf Porticellis Bildern.“

Das verstand Luise nicht, aber sie fühlte mit dem Instinkt des Weibes, daß ihr Bräutigam ihr loben ein Kompliment gemacht. Heute gefiel er ihr bedeutend besser als am Tage zuvor.

Sie brannte ihre Zigarette an der linken an. Ihre Augen trafen sich dabei. Unwillkürlich entschloß sie ihm ein kleiner Seitenblick.

„Was haben Sie?“ Sie sah ihn erkannt an.

„Ich muß heute abend zu Bett gehen.“ Er hatte mit Schrecken daran, wie anstrengend Claire Waldheim in der Unterhaltung war. Sie war sprunghaft und immer erging sie sich in Paradoxen, was er für den Tod nicht leiden konnte.

„Sie haben gewiß eine Braut?“

Fräulein Luise bemies wieder einmal mit der Frage, daß ihr gesellschaftliches Benehmen nicht immer mit ihrem prinzipienhaften Auftreten übereinstimmte. Ein junges Mädchen der guten Kreise sollte sich eine indolente Frage nicht an einen Herrn ihrer Bekanntschaft, der ebenfalls noch ihr Ober war.

Doktor Margitina Gröbholz erwiderte: „Auch er heißt noch nicht die notwendigen Hemmungen für einen jungen Mann seines Standes.“

„Meine Tanten wollen mich verheiraten. Mit einem Fräulein Waldheim.“

„Ist sie hübsch?“

* Der Verkauf der Hindenburg-Wohlfahrtsbriefmarken hat einen Betrag von 1.513.000 Reichsmark ergeben. Der Ertrag ist im wesentlichen bereits für den notwendigen Mittelstand, für Klein- und Sozialrentner benutzt worden. Er setzt sich zusammen aus 564.000 Mark, die durch den Postverkauf erzielt wurden, und 949.000 Reichsmark, die auf den außerpostaligen Vertrieb durch die Deutsche Postbank zurückzuführen sind. Insgesamt wurden 12.071.000 Marken und Karten abgesetzt. Am 15. November gibt die Reichspost fünf neue Wohlfahrtsbriefmarken für die Deutsche Postbank im Werte von 5, 8, 15, 25 und 50 Pfennig heraus. Diese Marken setzen die mehrfarbige Reihe der ovalen Wohlfahrtsbriefmarken mit den Wappen der deutschen Länder fort. Die diesjährigen Marken tragen die Wappen von Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt. Außerdem gelangt eine Gildespostkarte nach dem Entwurf von Semper-Berlin als Wohlfahrtspostkarte mit eingedruckter Wohlfahrtsbriefmarken zur Ausgabe.

* Vom Kuffhäuser-Technikum, Bad Frankenhausen. Die letzten 20 Jahre technischer Entwicklung auf deutschem Boden brachten eine unabsehbare Steigerung der Leistungen in allen industriellen Betrieben. Diesen jetzt sich steigenden Anforderungen an Mensch, Maschine und Stoff muss heute eine technische Bildungstätte gerecht werden. Das Kuffhäuser-Technikum verfolgt unter Vinpionierung aller Kräfte seit mehr als 30 Jahren dieses Ziel. An Erkenntnis des Grundgesetzes, das die Studierenden mit technischem Glauben fördern sollen und erleben sollen, sind weiterverbreitete Laboratorien für „Schweiß- und Starstromtechnik“, für „Allgemeinen und Handmaschinenbau“ und in letzter Zeit durch Einverleibung eines dritten mehrzweckigen Gebäudes, in dem Unterrichtsbetrieb auch solche für „Werkstoffprüfung und Metallographie“ für „Wertgegenstände und chemisch-technische Untersuchungen“, sowie ein „Flugzeug-Laboratorium“ eingerichtet worden. So ist das Kuffhäuser-Technikum in den Stand gesetzt, Vorlesungen weitgehend mit praktischen Übungen in den Laboratorien zum Nutzen und zur gründlichen Fortschulung seiner Studierenden abwechseln zu lassen. Das kommende Winter-Semester wird mit einem mehrzweckigen Lehrjahr eingeleitet, der vom Reichsverband für Kraftfahrlehrer* am Kuffhäuser-Technikum, Bad Frankenhausen, abgehalten wird.

* Preussisch-Südwestliche Klassenlotterie. Die Haupt- und Schlussziehung der 81. (257.) Lotterie ist am 11. September beendet worden. Es fielen die beiden Hauptgewinne von je 500.000 Reichsmark auf Nr. 359.651, in den beiden Abteilungen I und II, die beiden Prämien von ebenfalls je 500.000 Reichsmark mit je einem Gewinn von 1000 Reichsmark auf Nr. 146.500 in den beiden Abteilungen I und II. Die neue 82. (258.) Lotterie beginnt am 18. Oktober mit der Ziehung 1. Klasse für die bisherigen Spieler bleiben die zu haben Lose bis zum 28. September aufbewahrt. Es empfiehlt sich, bis zu diesem Tage die Lose abzuholen oder dem zuständigen Lotterien-Einnehmer jedenfalls mitzuteilen, daß die Lose weiter gespielt werden, selbst wenn die Bezahlung erst später erfolgt. Bei nicht rechtzeitiger Abholung oder Benachrichtigung muß über die Lose bei der großen Nachfrage anderweitig verfügt werden. Neuen Spielern wird ebenfalls empfohlen, sich frühzeitig ein Los zu sichern, da solche Lose vor Beginn der Ziehung 1. Klasse nicht mehr zu haben sein dürften.

* Tagung des Deutschen Drogistenverbands und Reichsdrogenausstellung in Frankfurt a. M. 1929. Der Deutsche Drogistenverband wird aus Anlaß seiner Tagung vom 8.—12. Juni 1928 in Frankfurt a. M. eine große Reichsdrogenausstellung auf dem Ausstellungsgelände veranstalten. Die Hauptausstellungsgruppen des Bundes haben Beteiligung an der Ausstellung angefordert, die sich mit einer sehr umfassenden, reichen und vielseitigen Beteiligung rechnen werden

fann. Man wird nicht nur Drogen, Parfümerien und Erzeugnisse der chemisch-technischen Industrie sehen können, sondern u. a. auch pharmazeutische, hygienische und photographische Artikel.

* Unterrichtsbeginn in den landwirtschaftlichen Schulen. Ende Oktober bzw. Anfang November beginnt der Unterricht an unseren landwirtschaftlichen Schulen. Diese geben in erster Linie den Schülern des häuslichen und Kleingrundbesitzes, dienen auch anderen jungen Landwirten, in zwei Winterhalbjahren die theoretische Fortausbildung für ihren künftigen Beruf. Diese Schulen befinden sich in: Arenbelle, Artzen, Blomard, Weidgerode, Burg, Calbe, Dehsitz, Gieselten, Eilsteroda, Erfurt, Genhlin, Halle, Jessen, Köhne, Langensalza, Merseburg, Neudammstein, Queblinburg, Querfurt, Schefflingen, Torgau, Weihenhe, Wernigerode, Wittenberg, Wippra, Worbitz, Zeitz und Ziegenrück. An die Anstalten in Arenbelle, Langensalza, Queblinburg und Wernigerode sind Mädchenklassen angegliedert. An diesen werden Anwärterinnen während eines Winterhalbjahres und während kurzer Zeit im Sommerhalbjahr in Boden, Boden, Arbeit und Viehwirtschaft. An Schulgeld werden von den Schülern 75 R.M. für ein Winterhalbjahr und von den Schülerinnen 80 R.M. im Winterhalbjahr und 10 R.M. für den kürzeren Kursus im Sommerhalbjahr erhoben. Neu eintretende Schüler (Schülerinnen) haben außerdem eine Einschreibgebühr von 5 R.M. zu entrichten. Wir weisen noch darauf hin, daß ein Stipendium bewilligt worden ist, um bedürftigen und tüchtigen Schülern (Schülerinnen) den Besuch der Schule zu erleichtern. Anträge auf Stipendienbewilligung sind an den Direktor der Anstalt zu richten.

An unsere Ortsvereinsleitungen in Unterbezirk Halberstadt.

Werte Genossinnen und Genossen!
Am Sonntag, den 14. Oktober, vorm. 10½ Uhr findet beim Genossen Bollmann, Halberstadt, Bismarckstr. 63, eine Unterbezirkskonferenz statt.

- Tagesordnung:**
1. Die Bedeutung der Provinziallandtags-, Kreis- und Gemeindevorsteherwahlen. Ref.: Landrat Gen. Herrn. Müller-Halberstadt.
 2. Berichte: a) Bericht über die Tätigkeit des Kreisvorschusses, b) Bericht über die Tätigkeit des Kreisrates.
 3. Aufstellung der Kandidatenliste zum Kreisrat und Wahl der Kandidaten zum Provinziallandtag
 4. Wahlschlichteramtliches und Werbende. Ref.: Fr. Schütte-Halberstadt.
 5. Sonstige Parteianglegenheiten.
- Zu dieser Konferenz entsenden alle Ortsvereine bis zu 200 Mitglieder einen Delegierten. Für je 200 weitere Mitglieder wird ein Delegierter mehr entsandt. Restzahlen über 100 gelten als voll. Die Wahl der Delegierten hat in Mitgliederübermittlung zu erfolgen und ist einzusetzen, daß bei der Delegation besonders unsere weiblichen Mitglieder herbeizuziehen sind. Die Ortsvereinsvorsitzende müssen den Delegierten Mandate ausstellen, da ohne Mandat keiner Stimmtrecht hat. Des weiteren sind auch die Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitzubringen.
- Die Kosten für die Konferenz trägt die Bezirkskasse.
- Genossinnen und Genossen! Wenn uns die Herbstmonate mehr Wohl in den zu wählenden Parlamenten bringen sollen, bedarf es einer gründlichen Vorbereitung. Diese zu erhitzen und in allen Einzelheiten festzulegen, ist Aufgabe der Konferenz. Des weiteren

muß auch die Werbende ausführlich besprochen werden, damit diese erfolgversprechend eingeleitet werden kann. Aus all den Gründen machen wir es unseren Ortsleitungen zur Pflicht, für einen guten Besuch der Tagung zu sorgen. Nicht nur die Delegierten, sondern sämtliche Funktionäre müssen an der Konferenz teilnehmen. Wir haben große Arbeit vor uns und die Mitarbeit aller Mitglieder, insbesondere aller Funktionäre ist im Herbst erforderlich. Deshalb auf zur Unterbezirkskonferenz.

Mit Parteigrüß!
Rudolf Rösch Fr. Schütte.

Nus Osterwieck.

— (Zur Steuererhebung) und Zahlung der Beiträge für den Monat September 1928. sowie der Kirchensteuer für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1928 wird bis zum 24. September öffentlich gemahnt. Abgemahnt werden den Säumigen nicht mehr gefolgt. Dagegen wird ab 25. September mit Pfändung vorgegangen.

— (Erschließung) werden an ganz unbemittelte kranke Einwohner für das Winterhalbjahr ausbezahlt. Die Betroffenen sollen sich bis 30. September im Magistratsgeschäftsamt (Zimmer 11) melden. Der vorjährige Solgittel ist vorzulegen.

— (Zur Beschäftigung) Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren werden die in Betracht kommenden Eltern und gesetzlichen Vertreter, die über 4 Jahre alte Kinder mit solchen Gebrechen (auch hochgradig schwachsinig) haben, aufgefordert, sich bis 30. September im Magistratsgeschäftsamt zu melden.

— (Neue Geistererlehnungen) treten auf dem Sonnenfleck und den benachbarten Gassen und Plätzen für Unweil. Zwei in Restfällen eingestrichelte verarmte Gestalten machen hier in mittelalterlicher Dummheit „Reise Woge“. Die eine ist mit einer Peitsche bewaffnet, die andere mit einer Pistole, also durchaus realen Gegenständen, die mit dem Schatzreich nichts zu tun haben. Democh haben baumstarke Männer und kerlige Frauen die Flucht ergriffen. Sie liefen ganz außer Atem zur Wache, damit die Polizei die Geistererschöpfung vornehmen möchte. Ein handfester Knäppel würde diesem großen Unfug ein solches Ende bereiten.

Kreis Halberstadt.

Derenburg, 24. September. (Die Gartenbauausstellung) ist unter Beteiligung von Ehrengästen, Vertretern von Behörden und Organisationen feierlich eröffnet worden. Sie ist von den Kreisen Halberstadt, Queblinburg, Wittenberg und Wernigerode besetzt. Namens des Gartenbauvereins Derenburg begrüßt der Vorsitzende Küster die Ehrengästen und dankt allen, die sich um das Zustandekommen der Ausstellung verdient gemacht haben. Der Protokoll der Ausstellung, Rittergutsbesitzer a. Auenleben-Neugattersleben sowie Bürgermeister Dr. Schwannede-Derenburg, Landrat Müller-Halberstadt und Graf Günther zu Stolberg-Wernigerode feierten die Ausstellung und ihre Bedeutung. Gelangensvorträge umrahmten die eindrucksvollen Feste. Die Ausstellung selbst zeigt ein hervorragendes Bild des Gartenbaues und ist mit Sadfrunde und liebevollem Verständnis ins Wert gesetzt. Ein Muttergarten erhält den eintretenden Besucher. Auf dem Gelände hat man Tier- und Obstgärten angelegt, weite Rasenflächen gefügt und es verstanden, die Anlagen, trotz anhaltender Trockenheit in leuchtender Frische zu erhalten. Sondergartenanlagen und Baumchais zeigen die Kunst der Gärtner des Jahres. Ein Blumenpaus im Saal des Schützenhauses untergebracht, empfängt den Besucher mit einem bunten Beet von Herbstblumen. „Schöner Ströcher“ verkündet ein Leppelbeet. Unter den Blumen fallen Äpfeln und Döblist




OVERSTOLZ
 ist schon seit Jahren
 die meistgerauchte
 deutsche Zigarette.



An der Herstellung dieser einen zur Qualität und behandeln das edle Arbeitsgut ganz nach seiner Eigenheit. Menschen, die alle fachlich geschult sind und das Beste für den Raucher leisten wollen. Spezialfabriken und praktische Arbeitsmethoden unterstützen den Willern. Glauben Sie nicht, dass durch die Zusammenfassung aller dieser Kräfte auf dieses eine Ziel eine besondere Leistung erreicht werden kann?


Haus Pennerburg
 O · H · G

